

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 129 / 2014

Kiel, Mittwoch, 19. März 2014

Kultur / Landestheater

Anita Klahn: Die Landesregierung muss dem Landestheater Planungssicherheit geben

In ihrer Rede zu TOP 22 (Zukunft der Theaterlandschaft) erklärt die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Den Versuch der Piraten, mit ihrem Antrag zur Zukunft der Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein und vor allem zur Zukunft des Landestheaters wieder mehr Sachlichkeit in die Diskussion zu bringen, begrüßen wir Liberalen im Grundsatz. Das fragile Konstrukt Landestheater befindet sich ja schon seit längerem in schwierigem Fahrwasser.“

Angesichts der aktuellen kommunalpolitischen Entscheidungen zum Schleswiger Theater und den damit verbundenen möglichen Folgen für das Landestheater insgesamt, ist auch die Dringlichkeit gegeben, schnellstmöglich eine Lösung zu finden, die dem Landestheater eine tragfähige Perspektive für die Zukunft gibt.

Dennoch ist es vordringlich die Aufgabe der Gesellschafter und der Geschäftsführung der Landestheater GmbH, über ihre eigenen Strukturen zu beraten. Das Land sollte vorsichtig agieren und nicht die Kommunen bevormunden.

Das soll nicht heißen, dass das Landestheater nicht auf die Agenda der Landespolitik gehört. Das Land und allen voran die Kulturministerin muss alle erdenkliche Hilfestellung bieten, ohne dabei den Kommunen das Heft des Handelns aus der Hand zu nehmen.

Hier, Frau Ministerin Spoorendonk, ist der von Ihnen so hervorgehobene Dialog angezeigt. Auch das Engagement des Landes muss verlässlich und ernsthaft an der Kultur ausgerichtet sein und nicht allein an dem Interesse einer sinnvollen Verwendung für den Hesterberg untergeordnet sein.

Dazu muss das Land vor allem eines leisten. Es muss dem Landestheater Planungssicherheit geben und entscheiden, ob es sich grundsätzlich an einer Sanierung des Theaterstandortes in Schleswig beteiligen will. Dies hat dann selbstverständlich erheblichen Einfluss auf die Entscheidungen der Theatergesellschaft hinsichtlich der Struktur und des Standortes.

Frau Ministerin, wenn Ihnen die Institution Landestheater wirklich am Herzen liegt und Ihnen die Spielstätte in Schleswig wichtig ist, wie Sie ja mehrfach betont haben, dann muss es doch zweitrangig sein, ob ein Theater – wie von den meisten Schleswigern gewünscht – im Zentrum der Stadt liegt – oder auf dem Hesterberg.

Ein wichtiges Signal an die Entscheidungsträger wäre die Streichung des Wortes „Hesterberg“ im Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs – und natürlich in der kommunalen Familie für einen Erhalt des Theaterstandortes Schleswig zu werben, unabhängig ob dieser zukünftig auf dem Hesterberg oder in der Innenstadt sein wird.

Wir Liberalen mahnen an, dass die Kulturministerin sich nicht zurückziehen darf, nur weil das von ihr favorisierte Modell Hesterberg keine Mehrheit gefunden hat. Im Gegenteil, sie muss ihre Möglichkeiten nutzen, um schnellstmöglich Alternativen prüfen zu können.

Sicherlich ist auch bei der Prüfung von Alternativen vor Ort nicht alles optimal verlaufen, aber auch die frühzeitige Festlegung der Landesregierung auf den Hesterberg hat dazu geführt, dass es keinen echten Plan B gibt.

Laut Landesregierung ist die Sanierung des alten Theaterbaus nicht förderfähig und als Folge hätte die Sanierung alleine von der Stadt Schleswig getragen werden müssen – obwohl nach damaligem Stand eine Sanierung in Summe kostengünstiger gewesen wäre.

Abgesehen von der Diskussion um Neubau oder Sanierung der Produktions- und Spielstätte in Schleswig – Hesterberg oder Lollfuß: Die Zukunft für das Landestheater ist langfristig nicht gesichert. Die Dynamisierung der Zuweisungen aus dem FAG ist ein wichtiger Beitrag, um die Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein für die nächsten Jahre zu erhalten. Eine langfristige Perspektive ist dies jedoch leider nicht. Spätestens 2018 muss man sich erneut Gedanken über die Finanzierung machen, da dann auch die 1,5%ige Dynamisierung nicht mehr ausreicht. Ein Beitrag, den übrigens die kommunale Familie aufbringt.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie Antworten auf die absehbaren Probleme des Landestheaters geben kann und verschiedene Möglichkeiten der weiteren Förderung und Unterstützung prüft. Inwieweit dafür externe und unabhängige Gutachter nötig sind, bedarf

der Klärung. Ebenfalls zu klären ist, inwieweit Erkenntnisse und Zahlenmaterial öffentlich bekanntgegeben werden dürfen.

Aber eines ist klar: Wenn das Konstrukt Landestheater weiter an Leistungsfähigkeit verliert, droht insbesondere der ländliche Raum künftig ohne Theater dazustehen.

Wir beantragen die Überweisung federführend in den Bildungsausschuss.“